Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ertl, Wächter, Peters (Poppenbüll), Reichmann und Genossen

betr. Ausrottung der Dasselsliegenplage

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Dasselfliegenschäden an den Weideviehbeständen in der Nachkriegszeit erheblich angestiegen sind und die gesamtwirtschaftlichen Verluste z. Z. auf 100 bis 120 Mio DM veranschlagt werden?
- Teilt die Bundsregierung die Auffassung, daß die Vorschriften in dem Gesetz zur Bekämpfung der Dasselfliege vom 7. Dezember 1933 (RGBl. 1 S. 1044), in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 18. März 1938 (RGBl. I S. 278), nicht wirksam genug sind, weil
 - a) die lückenlose und großflächige Behandlung der Rinderbestände in den Weideviehgebieten nicht gesichert ist,
 - b) eine Bekämpfung der Dassellarvennachschübe aus arbeitswirtschaftlichen Gründen kaum möglich ist?
- 3. Ist der Bundesregierung bekannt, daß es seit 1959/60 möglich ist, durch innerliche oder äußerliche Behandlung mit "systemisch" wirksamen Präparaten alle Larvenstadien der Dasselfliege im Organismus der Tiere zu erfassen und den Befall auf diese Weise bis auf 3 bis 5% zu reduzieren, daß jedoch die Bestimmungen des o. a. Gesetzes zur Erzielung einer lückenlosen Anwendung dieser Präparate nicht ausreichen?
- 4. Ist der Bundesregierung bekannt, daß Wissenschaft und Praxis seit geraumer Zeit deshalb ein neues Gesetz zur Bekämpfung der Dasselfliegenlarven fordern, das eine lückenlose und gleichmäßige Behandlung der betroffenen und der gefährdeten Rinderbestände ermöglicht und somit auch innerhalb weniger Jahre die Ausrottung der Schädlinge gewährleistet?

5. Ist die Bundesregierung bereit, dieses so dringend notwendige Gesetz alsbald dem Bundesrat und Bundestag vorzulegen?

Bonn, den 5. April 1965

Ertl Wächter Peters (Poppenbüll) Reichmann Dr. Effertz Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven) Kreitmeyer Logemann Mauk Dr. h. c. Menne (Frankfurt) Murr Sander Schmidt (Kempten) Soetebier Spitzmüller Dr. Supf Walter Weber (Georgenau)